



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01

Drucksache 20-9038

Datum 25.01.2018

Beschluss

Barrierefreie Sitzungs- und Veranstaltungsräume

Nicht zum ersten Mal fand in der vergangenen Woche eine Öffentliche Plandiskussion im Bezirk Altona ohne die ganze Öffentlichkeit statt.

Öffentlich bedeutet die Teilhabe von allen! Die Räumlichkeiten, in denen die gut besuchte Veranstaltung stattfand, sind jedoch nicht barrierefrei, somit wurde einem Teil der Gesellschaft, nämlich Menschen mit Gehbehinderungen und Eltern mit Kinderwagen, die Teilnahme verwehrt. Das Bezirksamt Altona als städtische Behörde und die Bezirksversammlung Altona als politisches Gremium sollten in einer Vorbildfunktion den selbstverständlichen Umgang mit der UN-Behindertenrechtskonvention konsequent vorleben, um einen Beitrag dazu zu leisten, diesen gesellschaftlich zu implementieren.

Auf Nachfrage wurde deutlich, dass das Bezirksamt Bemühungen angestellt hat, um einen barrierefreien Veranstaltungsort anbieten zu können, dies jedoch an der mangelnden Kooperation der angefragten Schulen scheiterte.

Die Bezirksversammlung Altona bekennt sich ausdrücklich zur UN-Behindertenrechtskonvention und beschließt vor diesem Hintergrund:

- 1. Die Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Altona wird gebeten, für öffentliche Sitzungen in der Regel barrierefreie Räumlichkeiten auszusuchen.**
- 2. Das Bezirksamt Altona wird gem. § 19 Abs. 2 BezVG aufgefordert, für öffentliche Veranstaltungen in der Regel barrierefreie Räumlichkeiten auszusuchen.**
- 3. Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, Kontakt zur zuständigen Fachbehörde aufzunehmen (BSB) und mit Nachdruck mehr Kooperation bei der Suche nach geeigneten und barrierefreien Räumlichkeiten für öffentliche Veranstaltungen einzufordern.**
- 4. Die Behörde für Schule und Berufsbildung wird gemäß § 27 BezVG aufgefordert, bei anstehenden Umbauten und Renovierungen von Schulbauten gleichzeitig für den barrierefreien Ausbau von großen Sälen zu sorgen.**
- 5. Der Bezirksversammlung wird seitens des Bezirksamtes und der Geschäftsstelle über die Bemühungen und deren Erfolg monatlich im Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren berichtet.**